Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Vierteljährig Mk. 9.—. Halbjährig Mk. 18.—. Ganzjährig Mk. 36.—. Einzelnummer Mk. 1.— / Verlag. Auslieferung d. „Jüdischen Echo“: München. Herzog Maxstraße 4.

Die günstige Wendung in der Mandatspolitik

Anzeigen: Die viergesp. Millimeter-Zeile Mk. 3.50. Wiederhol. Rabatt. — Familien-Anz. Ermäßigung. — Anzeigen - Annahme: Verlag des „Jüdisch. Echo“. München. Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheck-Konto: München 3987.

Ausgabe A | Nr. 28 / 14. Juli 1922 | 9. Jahrgang

1922	Wochenkalender		5682
	Juli	Tammus	Bemerkung
Sonntag	16	20	
Montag	17	21	
Dienstag	18	22	
Mittwoch	19	23	
Donnerstag	20	24	
Freitag	21	25	
Samstag	22	26	מטות מסעי טברכין החדש

Das Jüdische Echo

Nummer 28 14. Juli 1922 **9. Jahrgang**

Der große Erfolg

Das englische Unterhaus mit überwältigender Mehrheit für judenfreundliche Mandatspolitik — Authentische Interpretation der Balfourdeklaration — Auch das amerikanische Repräsentantenhaus für das Palästinamandat — England weist die Einwände des Vatikans zurück

Noch eben betrachteten alle antizionistischen Wetterpropheten den politischen Himmel mit jenem Gemisch von innerer Zufriedenheit und äußerlichem Bedauern, das gerade den Herren von der Agudas Jisroel so gut zu Gesicht steht. Die mandatsfeindliche Resolution des Oberhauses schien im Verein mit der antisemitischen Politik des Vatikans und seiner Vasallen im Völkerbund zu den schönsten Befürchtungen Anlaß zu geben. Schon konnte man annehmen, daß zu den erwarteten Abänderungen des Friedensvertrages von Sèvres auch die des Beschlusses von San Remo gehören, daß damit das Gespenst des werdenden Erez Israel beseitigt und für Gruppen, wie die Agudas Jisroel, die Möglichkeit gegeben sein würde, sich mit lautem Getöse auf den Boden der Balfourdeklaration zu stellen, deren Verwirklichung auf über 120 Jahre verschoben werde. Die Ansätze zu einer derartigen Politik sind bereits erkennbar und gewiß haben die fleißigen Mäckler in Frankfurt a. M. und anderswo bereits die Erklärungen vorbereitet, in denen dem Zionismus die Schuld am Scheitern der jüdischen Hoffnungen zugeschoben und zugleich gegen das Versagen der englischen Regierung und des englischen Volkes feierlich Protest erhoben werden sollte.

Sicherlich wäre es auf diese Weise geglückt, in manchen Kreisen vergessen zu machen, daß es die Agudas Jisroel war, die durch das Verhalten ihrer Presse, vor allem aber ihrer jerusalemitischen Vertreter den antisemitischen Lords das Argument zugeschanzt hat, die Mehrheit des Jischuw wünsche nicht die Errichtung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina.

Jetzt ist dieser und mancher andere Spuk verflogen und die Wetterpropheten und Wettermacher jeglicher Observanz richten mit rasch versteckter Enttäuschung ihre Blicke auf den entwölkten Horizont. Der maßgebende Faktor im politischen Leben Englands, das Unterhaus, hat, wie wir bereits meldeten, mit überwältigender Majorität, mit 292 zu 35 Stimmen sich der Palästinapolitik der Regierung angeschlossen, die nach diesem Ergebnis damit rechnen kann, alle großen Parteien des Landes hinter sich zu haben. Die Niederlage des Oberhauses und der arabischen Delegation ist eklatant und schon verlautet aus Palästina, der arabische Kongreß habe die Zurückberufung seiner europäischen Vertretung beschlossen, „da die arabische Delegation in London keinen Erfolg zu erzielen vermochte, wodurch ihr weiterer Aufenthalt in England keinen Zweck mehr hat.“ Der von der gleichen Instanz gefaßte, wahrscheinlich höchst problematische Beschluß eines arabischen Generalstreiks am 13. und 14. Juli zeigt, wie sehr man auch in diesen Kreisen auf eine Bestätigung des Mandates auf der nächsten Sitzung des Völkerbunds rechnet und daß man in seiner Ratlosigkeit auch vor dem verzweifelten Mittel eines leicht zu durchschauenden Bluffs nicht zurückschreckt — denn was soll ein Generalstreik in einem industriell und landwirtschaftlich unentwickelten Lande, dessen nichtjüdische Bevölkerung sich sowieso weder durch Arbeitsintensität auszeichnet, noch die gewerkschaftliche Schulung, die durch politische Bildung bedingte Einheitlichkeit der Anschauungen, weder die Disziplin noch selbst das Interesse besitzt, die allein eine derartige Aktion zu einer imponierenden Kundgebung stempeln können.

Das Mandat wird also bestätigt werden und bestätigt werden in dem Geist der Versöhnlichkeit und der Gerechtigkeit auch den Arabern gegenüber, der stets den Wünschen der zionistischen Organisation entsprach und der allein das friedliche Nebeneinander der Bevölkerungen in nationalgemischten Staaten sichern kann. Kurz vor der Palästinadebatte im Unterhaus hat die englische Regierung im Einvernehmen mit der Exekutive der Zionistischen Weltorganisation eine Erklärung über ihre palästinensische Politik herausgegeben, deren amtlichem Teil die Antwort der Exekutive beigeschlossen war. Diese Erklärung stellt in ihrem Hauptteil fest, daß „nicht Palästina als Ganzes in ein jüdisches nationales Heim verwandelt werde“, — daß aber solch ein Heim „in Palästina gegründet“ werden soll. — „Wenn die Frage gestellt wird“, so fährt die Erklärung weiter unten fort, „was unter der Entwicklung des jüdischen nationalen Heims in Palästina verstanden wird, so kann geantwortet werden, daß nicht gemeint ist, die jüdische Nationalität den Einwohnern Palästinas im Ganzen aufzuzwingen, sondern die Weiterentwicklung der bestehenden jüdischen Gemeinschaft mit Hilfe der Juden in anderen Teilen der Welt, damit es ein Zentrum werde, an welchem das jüdische Volk im Ganzen aus religiösen wie stammesmäßigen Gründen mit Stolz und Interesse teilnehmen kann. Aber damit diese Gemeinschaft die beste Aussicht auf freie Entwicklung habe und dem jüdischen Volk volle Möglichkeit geben könne, seine Fähigkeiten zu entfalten, ist es wesentlich, daß es wissen soll, daß es in Palästina von Rechtswegen und nicht geduldet ist. Darum ist es notwendig, daß die Existenz eines jüdischen nationalen Heims international garantiert und daß anerkannt wird, daß es auf alten historischen Verknüpfungen beruht..... Zur Erfüllung dieser Politik ist es notwendig, daß die jüdische Gemeinschaft in Palästina in der Lage ist, ihre Zahl durch Einwanderung zu vergrößern.....“ Der Zusatz, daß diese Einwanderung sich den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes anzupassen habe, ist selbstverständlich und entspricht auch jüdischen Wünschen.

Dies also ist die Politik, für die sich England und die große Mehrheit seiner Volksvertretung einsetzt. Dies auch ist die Politik der zionistischen Exekutive. Es ist erwähnenswert, daß soeben das amerikanische Repräsentantenhaus, dem Beispiel des Senats folgend, einen Beschluß für die Unterstützung dieser Politik gefaßt hat, der geeignet ist, vorhandene Widerstände gegen die Mandatsbestätigung zu beseitigen. Ebenso wichtig aber ist es, daß die englische Regierung sich in einem Brief an das Sekretariat des Völkerbundes gegen die Kritik des Vatikans ge-

wendet hat, indem einmal die Funktionen der „Jewish Agency" als eines jüdischen Organs ohne behördliche Zuständigkeit festgelegt werden, „das bei der ökonomischen, kulturellen und sozialen Organisation des nationalen Heims mithelfen soll", und andererseits betont wird, daß „die Kolonisation von Juden auf dem Lande, einschließlich der Regierungsländereien und unbekannten Flächen" und ferner die Erzielung von Abkommen mit der Jewish Agency wegen Übernahme öffentlicher Arbeiten und anderer Unternehmungen ein integrierender Faktor ihrer Palästinapolitik sei.

Die Dinge sind klar. Die Balfourdeklaration bleibt mit all ihren Auswirkungen bestehen. Die Schlecht-Wetterpropheten haben ausorakelt. — Wir selbst haben die Nerven zu bewahren und das — „himmelhoch jauchzend — zu Tode betrübt" den zartbesaiteten Seelen zu überlassen, die großen Dingen mit jener kostenlosen Sympathie gegenüberstehen, die sie im Fall des Scheiterns vor erheblicheren Aufregungen bewahrt. Wir haben — das wird weiter nach den schweren politischen Bedrohungen und den großen politischen Erfolgen der letzten Zeit deutlich — ferner die Pflicht, die Organisation nach Möglichkeit zu stärken, die allein im Stande ist, das Schifflein der jüdischen Kolonisation durch alle die Riffe und Klippen zu steuern, die — das zeigen die neuesten Ereignisse — es immer noch bedrohen. Das ist allein die zionistische Organisation. — Wir haben viel von unpolitischer Kolonisation, viel auch von Kolonisation durch die Agudas Jisroel gehört. — Werden die humanitären Vereine und Vereinchen, deren Mittel, Geld und Menschen für Palästina zu gewinnen, überdies beschränkt und deren bisherige Kolonisationserfolge mindestens qualitativ zweifelhaft sind — auf die Dauer das von der Zionistischen Organisation errungene Recht des jüdischen Volkes auf ein Heim in Palästina bewahren können oder würde die von ihnen geleitete Siedlung nicht vielmehr nur geduldet und damit dauernd bedroht sein? Auch die Agudas Jisroel würde — den Willen zu ernsthafter Palästinaarbeit vorausgesetzt — nichts weiter schaffen können als ein nach Erez Jisroel verpflanztes Galuth, dessen Kämpfe und Erfolge sich im wesentlichen auf die Erhaltung etwa des von behördlicher Willkür bedrohten Vorbeterstuhles an der Klagemauer oder ähnlich entscheidende Angelegenheiten beschränken mußten.

Die Kolonisation in Palästina braucht eine von Geräusch und Prestigelärm freie politische Vorbereitung und Unterstützung. — Sie ist nicht denkbar ohne die nationale Beeinflussung der Menschen, deren Arbeit schließlich das neue Palästina seinen Aufbau zu verdanken haben wird. Man verstehe den Begriff der nationalen Siedlung endlich richtig. Er hat keine aggressive Bedeutung. Nationale Gesinnung bedeutet eine Forderung lediglich an sich selbst und keinen sonst: die Forderung ganzer Hingabe an die Volksgemeinschaft, ohne die ein Leben unter den erschwerten Bedingungen Palästinas vorläufig nicht denkbar wäre.

Schließlich brauchen wir für den Erfolg des Aufbauwerkes eine weitere Steigerung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Faktoren des Palästinaaufbaus. Politische Erfolge werden nur mit realen Mitteln errungen und erhalten. Das Finanzinstrument der Kolonisation ist der Keren Hajessod. Daß er bisher schon früher unerhörte Erfolge erringen konnte, ist bekannt. Daß er noch nicht über alle nötigen Mittel verfügt, hat dem Palästinawerk bereits erheblichen Schaden zugefügt. Es war ein Hauptargument der antisemitischen Lords gegen das Palästinamandat.

Wer sich daher gegen den Keren Hajessod wendet, ist ein Gegner des Aufbaus. Kein Argument, keine gegenteilige Versicherung kann darüber täuschen. Ob dies der Verband Nationaldeutscher Juden, ob es eine bestimmte Richtung im Zentralverein ist, ob es sich um die Agudas Jisroel handelt, deren Keren Hajischuw durch Annahme geringfügigster Beträge den auf großzügige Zuwendungen angewiesenen Keren Hajessod zu unterbieten sucht und bereits häufig die Hergabe wirklich bedeutender Summen für Palästina zu Gunsten unwesentlicher Spenden verhindert hat, bleibt sich gleich. — Und wenn es zionistische Parteigruppen gibt, die den Keren Hajessod ablehnen und wenn gar die nationaljüdische Jugendbewegung einzelne „Führer" besitzen sollte, die sich gegen den Keren Hajessod wenden — sie handeln schädlich und ohne Verantwortlichkeitsgefühl.

Wer es bisher nicht sah, dem sollten es die letzten Vorkommnisse gezeigt haben. Die Anspannung aller Kräfte ist vonnöten, um den großen Erfolg, den wir errangen, zu verteidigen und zu realisieren. Wir werden uns das große Werk nicht sabotieren lassen, gleichgültig von wem oder auf welche Weise. Niemand soll in seiner Gesinnung gekränkt werden; an Zionisten und Nichtzionisten ergeht gleicherweise der Ruf zur Mitarbeit. Jeder soll zu seinem Recht und zu dem ihm zukommenden Einfluß gelangen. — Die Entjudeten, die Eigensüchtigen, die Eigenbrödler und die Furchtsamen mögen beiseite stehen. Kampf gegen die wahren Bedürfnisse des Palästinaaufbaus aber bedeutet Kampf! Disoite moniti!

G—.

Das jüdische Palästina

Das Unterhaus für das Mandat

London. (Tel. d. „Wr. Morgenzeitung".) Im englischen Unterhause fand heute die große Debatte über die britische Palästina-Politik im Sinne der Errichtung eines jüdischnationalen Heimes in Palästina statt.

Gleich wie im Oberhause, versuchten die von der vatikanischen und arabischen Gegenagitation erfaßten Mitglieder des Unterhauses einen Vorstoß gegen das zionistische Projekt. Ihr Sprecher, Sir Johnson-Hicks, brachte eine Resolution ein, in welcher die zionistische Politik der Regierung verurteilt wird. Ihr Inhalt deckt sich ungefähr mit der antizionistischen Resolution Lord Islingtons im Oberhause.

Der Kolonialminister Winston Churchill verteidigte in einer glänzenden Rede die zionistische Politik der britischen Regierung.

Bei der Abstimmung ergab sich eine überwältigende Majorität für die Regierung. Mit 292 gegen 35 Stimmen wurde die antizionistische Resolution abgelehnt und die Politik der Regierung gebilligt. Für das Oberhaus, welches mit einer Zweidrittelmajorität die Palästina-Politik der Regierung abgelehnt hatte, bedeutet diese Abstimmung eine sehr schwere Niederlage. Sie beweist, daß das englische Volk fest entschlossen ist, das dem jüdischen Volk gegebene Versprechen zu erfüllen.

Englands Palästina-Politik

Vor der Unterhausdebatte veröffentlichte die englische Regierung folgende mit der zionistischen Exekutive vereinbarte Erklärung, der die weiter unten angefügte Antwort der zionistischen Leitung amtlicherseits beigefügt war:

Die Erklärung der englischen Regierung

Die Spannung, welche zeitweise in Palästina zutage tritt, ist im wesentlichen die Folge von Annahmen, welche von Teilen der arabischen und von Teilen der jüdischen Bevölkerung gehegt werden. Dies Annahmen sind, soweit es sich um die Araber handelt, teilweise aufgebaut auf der übertriebenen Interpretation des Sinnes der Deklaration, welche die

Errichtung des jüdischen nationalen Heimes in Palästina

begünstigt und von Seiner Majestät Regierung am 2. November 1917 abgegeben wurde. Unautorisierte Erklärungen wurden abgegeben in dem Sinne, daß das Ziel die Schaffung eines vollkommen jüdischen Palästina sei. Es wurden Wendungen gebraucht, wie die, daß Palästina „so jüdisch werden solle, wie England englisch" ist. Die Regierung betrachtet alle derartigen Erwartungen als unausführbar und hat keine derartige Absicht. Ebensowenig hat die Regierung zu irgend einer Zeit, wie es die arabische offenbar fürchtet, das Verschwinden oder die Unterdrückung der arabischen Bevölkerung, Sprache oder Kultur in Palästina ins Auge gefaßt. Die Regierung möchte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die erwähnte Wendung der Deklaration nicht besagt, daß Palästina als Ganzes in ein jüdisches nationales Heim verwandelt werden soll, sondern daß solch ein Heim in Palästina gegründet werden soll. In dieser Hinsicht wurde mit Befriedigung bemerkt, daß auf der Tagung des Zionisten-Kongresses, der obersten, leitenden Behörde der zionistischen Organisation, welche in Karlsbad im September 1921 stattfand, eine Resolution angenommen wurde, worin als offizielle Erklärung der zionistischen Ziele ausgedrückt wurde, „die Entschlossenheit des jüdischen Volkes, mit dem arabischen Volke in Eintracht und gegenseitigem Respekt zu leben und zusammen mit ihm das gemeinsame Heim in eine blühende Gemeinschaft zu verwandeln, deren Einrichtung beiden Völkern eine ungestörte nationale Entwicklung sichern soll".

Es ist auch nötig, darauf hinzuweisen, daß

die zionistische Kommission in Palästina,

jetzt Palestine Zionist Exekutive genannt, nicht gewünscht hat, irgend einen Anteil an der allgemeinen Landesverwaltung zu besitzen und auch nicht besitzt. Auch die besondere Stellung, welche der zionistischen Organisation in Artikel 4 des Mandatsentwurfes für Palästina zugesichert wird, enthält keinerlei solche Funktionen. Diese besondere Stellung bezieht sich auf die Maßnahmen, die in Palästina hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung zu treffen sind, und sieht vor, daß die Organisation bei der allgemeinen Landesentwicklung Hilfe leisten soll; aber sie berechtigt die Organisation nicht, irgendwie an der Regierung teilzunehmen.

Es ist ferner vorgesehen, daß alle Bürger Palästinas vor dem Gesetz Palästinenser sein sollen und es ist niemals beabsichtigt worden, daß sie oder Teile von ihnen irgend eine andere rechtliche Stellung haben sollen.

Was die jüdische Bevölkerung Palästinas angeht, so scheint es, daß einige Leute vermuten, daß Seiner Majestät Regierung die Politik aufgeben wolle, die in der Deklaration von 1917 niedergelegt ist. Es ist daher nötig, nochmals zu versichern,

daß diese Befürchtungen unbegründet sind

und daß diese Deklaration, welche von der Konferenz der meisten alliierten Mächte in San Remo und dann wieder im Friedensvertrage von Sèvres bestätigt wurde,

nicht geändert werden kann.

Während der letzten zwei oder drei Generationen haben die Juden in Palästina eine Gemeinschaft wiedererrichtet, die jetzt 80 000 Köpfe zählt, von denen etwa ein Viertel Farmer oder Landarbeiter sind. Diese Gemeinschaft hat ihre eigenen politischen Organe; eine gewählte Versammlung zur Leitung ihrer inneren Angelegenheiten, gewählte Vertretungen in den Städten und eine Organisation für die Aufsicht über ihre Schulen. Sie hat ihr gewähltes Ober-Rabbinat und den Rabbiner-Rat für die Leitung ihrer religiösen Angelegenheiten. Ihre Geschäfte werden in hebräisch als Umgangssprache geführt und eine hebräische Presse bedient sie. Sie hat ihr ausgesprochenes

geistiges Leben und entfaltet erhebliche wirtschaftliche Tätigkeit. Diese Gemeinschaft also, mit ihrer städtischen und ländlichen Bevölkerung, ihren politischen, religiösen und sozialen Organisationen, ihrer eigenen Sprache, ihren eigenen Sitten, ihrem eigenen Leben, hat tatsächlich nationale Eigentümlichkeiten.

Wenn die Frage gestellt wird, was unter der Entwicklung des jüdischen nationalen Heims in Palästina verstanden wird, so kann geantwortet werden, daß nicht gemeint ist, die jüdische Nationalität den Einwohnern Palästinas im ganzen aufzuzwingen, sondern die Weiterentwicklung der bestehenden jüdischen Gemeinschaft mit der Hilfe der Juden in anderen Teilen der Welt, damit es

ein Zentrum

werde, an welchem das jüdische Volk im ganzen aus religiösen, wie stammesmäßigen Gründen mit Stolz und Interesse teilnehmen kann. Aber damit diese Gemeinschaft die beste Aussicht auf freie Entwicklung habe und dem jüdischen Volk volle Möglichkeit geben könne, seine Fähigkeiten zu entfalten, ist es wesentlich, daß es wissen soll, daß es in Palästina

von Rechtswegen

und nicht geduldet ist. Darum ist es notwendig, daß die Existenz eines jüdischen nationalen Heims in Palästina

international garantiert

wird und daß formell anerkannt wird, daß es

auf alten historischen Verknüpfungen

beruht.

So also interpretiert Seiner Majestät Regierung die Deklaration von 1917 und wenn sie so verstanden wird, so ist der Staatssekretär der Meinung, daß sie nichts enthält, was die arabische Bevölkerung Palästinas beunruhigen oder die Juden enttäuschen könnte.

Zur Erfüllung dieser Politik ist es notwendig, daß die jüdische Gemeinschaft in Palästina in der Lage ist, ihre Zahl durch

Einwanderung

zu vergrößern. Der Umfang dieser Einwanderung kann nicht so groß sein, daß er das ökonomische Fassungsvermögen des Landes zur Absorbierung neuer Ankömmlinge in dem jeweiligen Zeitabschnitt überschreite.

Es ist wesentlich, Sicherheit dafür zu schaffen, daß die Immigranten nicht der Gesamtbevölkerung Palästinas zur Last fallen und daß sie nicht irgend einen Teil der jetzigen Bevölkerung ihrer Beschäftigung berauben. Bisher hat die Immigration diese Bedingungen erfüllt. Die Zahl der Immigranten seit der britischen Okkupation beläuft sich auf etwa 25 000.

Es ist auch notwendig, Sicherheit dafür zu schaffen, daß Personen, die politisch unerwünscht sind, von Palästina ausgeschlossen werden, und zu diesem Zwecke ist von seiten der Administration jede Vorsichtsmaßregel angewendet worden und wird angewendet werden.

Es ist beabsichtigt, in Palästina ein besonderes Komitee einzusetzen, welches vollständig aus Mitgliedern des neuen gesetzgebenden Rates, die von der Bevölkerung gewählt werden, bestehen soll, um mit der Verwaltung über Angelegenheiten zu beraten, die sich auf die Regelung der Einwanderung beziehen. Sollte irgend eine Meinungsverschiedenheit zwischen diesem Komitee und der Verwaltung entstehen, so wird die Angelegenheit an Seiner Majestät Regierung geleitet werden, welche ihr besondere Beachtung widmen wird. Ferner wird gemäß Artikel 81 des Verfassungsentwurfes für Palästina jeder religiösen Gemeinschaft oder jedem erheblichen Bevölkerungsteil Palästinas ein allgemeines Recht gewahrt, durch den High Commissioner und den Staatssekretär an den

Völkerbund zu appellieren

in jeder Angelegenheit, in welcher sie meinen, daß die Bestimmungen des Mandats von der palästinensischen Regierung nicht erfüllt werden.

Es ist wünschenswert, bezüglich der Konstitution, welche jetzt in Palästina erlassen werden soll, deren Entwurf schon veröffentlicht wurde, gewisse Punkte klarzustellen. In erster Linie ist es nicht der Fall, wie es die arabische Delegation dargestellt hat, daß während des Krieges Seiner Majestät eine Versicherung gegeben hat, wonach eine unabhängige nationale Regierung sofort in Palästina errichtet werden solle. Diese Darstellung beruht im wesentlichen auf einem Brief Sir Henri McMahons vom 24. Oktober 1915, damals Seiner Majestät High Commissioner in Ägypten, an den Sheriff von Mekka, jetzt Hussein, König des Hedjaz. Dieser Brief wird angeführt, als ob er ein Versprechen an den Sheriff von Mekka enthielte, die Unabhängigkeit der Araber in den von ihm vorgeschlagenen Gebieten anzuerkennen und zu unterstützen. Aber dieses Versprechen wurde unter einem Vorbehalt gegeben, der im gleichen Brief enthalten ist und welcher von diesem Plan außer gewissen Gebieten nördlich Palästinas auch das Land westlich des Wilajet von Damaskus ausschließt. Dieses Wilajet umschloß weder den unabhängigen Sanjak von Jerusalem, noch diejenigen Teile des Wilajet von Beirut, welche jetzt zu Palästina gehören. Das Gebiet Palästinas, westlich des Jordans war also von Sir Henri Mc Mahons Zusage ausgeschlossen.

Dennoch ist die Absicht Seiner Majestät Regierung die

Selbstverwaltung

in Palästina in weitem Umfange zu fördern. Aber die Regierung ist der Meinung, daß unter den besonderen Bedingungen dieses Landes dies allmählich und nicht plötzlich vollzogen werden sollte. Der erste Schritt wurde getan, als mit der Einrichtung einer Zivilverwaltung der jetzt bestehende ernannte Advisory Council eingerichtet wurde.

Es wurde damals von dem High Commissioner erklärt, daß dies der erste Schritt in der Entwicklung von Selbstverwaltungseinrichtungen sei, und jetzt besteht die Absicht, einen zweiten Schritt zu tun durch die Errichtung eines gesetzgebenden Rates, der einen großen Prozentsatz von Mitgliedern enthalten soll, die auf einer breiten Wahlgrundlage gewählt werden. In dem veröffentlichten Entwurf war vorgeschlagen, daß drei der Mitglieder dieses Rates nichtbeamtete Personen sein sollten, die vom High Commissioner ernannt werden sollen. Da gegen diese Bestimmung Vorstellungen erhoben worden sind, die auf unanfechtbaren Erwägungen beruhen, so ist der Staatssekretär bereit, diese Bestimmung fallen zu lassen. Der gesetzgebende Rat würde dann also bestehen aus dem High Commissioner als Präsidenten, zwölf gewählten und zehn beamteten Mitgliedern. Der Staatssekretär ist der Ansicht, daß es ratsam wäre, einige Zeit verstreichen zu lassen, bevor Palästina ein größeres Maß von Selbstverwaltung und der Rat die Kontrolle über die Exekutivgewalt erhält. Während dieser Zeit werden die Einrichtungen des Landes sich befestigt haben; sein Finanzkredit wird auf festerer Grundlage beruhen, die palästinensischen Beamten werden Erfahrung in gesunden Regierungsmethoden gewonnen haben. Nach einigen Jahren wird die Situation von neuem geprüft werden, und wenn die Erfahrung, die mit der jetzt

einzuführenden Konstitution gemacht wird, dafür spricht, so wird ein größeres Maß von Autorität den gewählten Vertretern der Bevölkerung gewährt werden.

Der Staatssekretär wünscht darauf hinzuweisen, daß schon die jetzige Verwaltung einem Obersten Rat, der von der mohammedanischen Gemeinschaft Palästinas gewählt wird, die vollkommene Kontrolle mohammedanisch-religiöser Stiftungen (Wakfs) und der mohammedanisch-religiösen Gerichtshöfe übertragen hat. Die Verwaltung hat auch diesem Rat freiwillig erhebliche Einkünfte zurückerstattet, die von alten Stiftungen herrührten, welche von der türkischen Regierung beschlagnahmt worden waren. Auch das Unterrichtsdepartement wird von einem Komitee beraten, in welchem alle Teile der Bevölkerung vertreten sind, und das Departement für Handel und Industrie hat den Vorzug der Mitwirkung der Handelskammern, welche in den Hauptplätzen eingerichtet wurden. Die Administration beabsichtigt, in erweitertem Umfang ähnliche repräsentative Komitees mit den verschiedenen Regierungsdepartements zu vereinigen.

Der Staatssekretär ist der Ansicht, daß eine Politik auf dieser Grundlage, verbunden mit der Aufrechterhaltung der vollsten religiösen Freiheit in Palästina und mit genauer Berücksichtigung der Rechte jeder Gemeinschaft hinsichtlich der Heiligen Plätze, alle Teile der Bevölkerung befriedigen müsse und daß auf dieser Grundlage der Geist der Kooperation errichtet werden kann, von dem der künftige Fortschritt und das künftige Gedeihen des Heiligen Landes in weitem Maße abhängen muß.

*

Die Antwort der zionistischen Exekutive

An den

Herrn Unterstaatssekretär,

Colonial Office.

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 3. Juni (Nr. 23.494 ex 1922), dessen Empfang bereits bestätigt wurde, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Exekutive der zionistischen Organisation die Erklärung bezüglich der Politik Seiner Majestät Regierung in Palästina erwogen hat, von der Sie ihr eine Abschrift freundlichst zugehen ließen und daß sie die folgende Resolution angenommen hat:

„Die Exekutive der zionistischen Organisation hat Kenntnis genommen von der Erklärung bezüglich der britischen Politik in Palästina, die ihr vom Colonial Office unter dem 3. Juni 1922 übermittelt wurde und versichert Seiner Majestät Regierung, daß die Tätigkeit der zionistischen Organisation in Übereinstimmung mit der darin dargelegten Politik geführt werden wird."

Die Exekutive bemerkt mit Befriedigung, daß Seiner Majestät Regierung bei der Erklärung ihrer Politik in Palästina nochmals Gelegenheit nimmt, die Deklaration vom 2. November 1917 wieder zu bestätigen und daß sie es als eine Frage von internationaler Bedeutung erklärt, daß das jüdische Volk wissen soll, daß es von Rechtswegen in Palästina ist.

Die Exekutive bemerkt weiter, daß Seiner Majestät Regierung als eine Folge dieses Rechtes auch die Notwendigkeit anerkennt, daß die Juden imstand sein sollen, ihre Zahl in Palästina durch Einwanderung zu vergrößern, und sie entnimmt der Erklärung der Politik, daß der Umfang dieser Einwanderung durch die jeweilige wirtschaftliche Kapazität des Landes zur Aufnahme neuer Einwanderer bestimmt werden soll. Was immer für Vorkehrungen hinsichtlich der Regelung dieser Immigration getroffen werden sollen, so vertraut die Exekutive zuversichtlich darauf, daß sowohl Seiner Majestät Regierung, wie die Verwaltung Palästinas in dieser Angelegenheit von dem vorstehend erwähnten Prinzip geleitet werden wird.

Die zionistische Organisation hat zu allen Zeiten den aufrichtigen Wunsch zur harmonischen Zusammenarbeit mit allen Teilen der Bevölkerung Palästinas gehabt. Sie hat wiederholt in Wort und Tat zu erkennen gegeben, daß ihren Bestrebungen nichts ferner liegt, als auch nur im geringsten Maße die bürgerlichen oder religiösen Rechte oder die materiellen Interessen der nichtjüdischen Bevölkerung zu schädigen. Die zionistische Organisation wird fortfahren, ihrerseits keine Anstrengung zu scheuen, um den Geist des Entgegenkommens zu pflegen, auf den Seiner Majestät Regierung hingewiesen hat als auf die einzige sichere Grundlage für das künftige Gedeihen Palästinas. Die Exekutive hofft ernstlich, daß die Erklärung der Politik ein für allemal die Mißverständnisse zerstreuen wird, soweit solche noch bestehen, und daß sie, wenn sie von allen betroffenen Parteien loyal aufgenommen wird, den Beginn einer neuen Ära friedlichen Fortschritts bezeichnen wird.

Ich habe die Ehre usw.

gez.: Ch. Weitzmann.

England weist den Einspruch des Vatikans zurück

London. Die englische Regierung hat vor der Unterhausdebatte über die Palästina-Frage ein Weißbuch herausgegeben, welches der Mandatsfrage gewidmet ist und die bezüglichen Dokumente enthält. (Die offizielle Erklärung der englischen Regierung haben wir in unserer Dienstagnummer veröffentlicht.) Das Weißbuch enthält auch die Dokumente, welche den Gegensatz zum Vatikan bezüglich der Administration von Palästina und der Frage der heiligen Orte beleuchten. Das Weißbuch enthält einen Brief des britischen Kabinetts an das Sekretariat des Völkerbundes, in welchem die Regierung auf die Kritik des Vatikans antwortet. Wie bekannt, hat der Vatikan durch den Kardinalstaatssekretär Gasparri beim Völkerbund einen formalen Protest eingelegt, in welchem eine Reihe von Punkten des Mandatsentwurfes bekämpft wird. Das Schreiben der englischen Regierung besagt, daß die britische Politik in Palästina auf dem Prinzip des jüdischen nationalen Heims basiert, welches von allen alliierten Mächten angenommen ist. Die zionistische Organisation — heißt es in dem Schreiben — ist eine „Agency", welche bei der ökonomischen, kulturellen und sozialen Errichtung des nationalen Heims mithelfen soll, jedoch keinerlei administrative Funktionen hat. Was die jüdische Einwanderung betrifft, so ist „die Kolonisation und Besiedlung von Juden auf dem Lande einschließlich der Regierungsländereien und des unbebauten Landes ein integraler unbedingter Faktor in der Ausführung der Aufgabe, welche der Mandatar auf sich genommen hat. Die britische Regierung ist der Meinung, daß der Punkt des Mandats, wonach die Administration zu einem Abkommen mit der jüdischen „Agency" gelangen kann, um unter befriedigenden Bedingungen öffentliche Arbeiten, Unternehmungen usw. zu schaffen und durchzuführen, wie auch die natürlichen Hilfsquellen des Landes zu entwickeln, soweit dies nicht durch die Administration selbst geschieht, bloß eine natürliche Folge der Aufgabe ist, welche dem Mandatar auferlegt wurde sowie der Tatsache, daß die Juden infolge dieser Politik bereit sind, ihre Mittel und Kräfte zu opfern, um das Land zugunsten aller Einwohner zu entwickeln."

Die englischen Weisungen nach Palästina

London. (Tel. d. „Wr. Morgenzeitung".) Im Sinne der im jüngsten Weißbuch der englischen Regierung veröffentlichten Erklärung bezüglich ihrer Palästina-Politik hat der Staatssekretär für die Kolonien an die palästinensische Verwaltung ein Telegramm gerichtet, in welchem die hauptsächlichen Punkte der englischen Erklärung in knapper Form zusammengefaßt sind. Die palästinensische Verwaltung wird aufgefordert, die Kundgebung der englischen Regierung zu publizieren.

Das amerikanische Repräsentantenhaus für das Mandat

Nachdem jüngst der amerikanische Senat die Resolution Lodge, die den Inhalt der Balfour-Deklaration aufnimmt, zum Beschluß erhoben hatte, ist ihm jetzt auch das Repräsentantenhaus gefolgt. Eine Washingtoner Meldung der Pariser Ausgabe des „New York-Herald" besagt:

„Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution angenommen, die sich zugunsten der Schaffung einer jüdischen Heimstätte in Palästina unter der Bedingung ausspricht, daß die bürgerlichen und religiösen Rechte aller nichtjüdischen Gemeinschaften in wirksamer Weise gewahrt und geschützt werden."

Durch diese Entschließung wird der auswärtigen Politik Amerikas bei den Verhandlungen mit den europäischen Mächten inbezug auf die Palästinafrage die Bahn vorgezeichnet. Dieses Präjudiz ist im Hinblick auf die Haltung des englischen Oberhauses sehr bedeutungsvoll. Bekanntlich hat in der Vorwoche eine Zufallsmajorität dieser Körperschaft einen gegen die derzeitige Fassung des Palästina-Mandats gerichteten Beschluß angenommen. Die englische Regierung, die an ihren dem jüdischen Volk gegebenen Zusagen loyal festhalten will, erhält jetzt durch die Resolutionen der amerikanischen Gesetzgebung eine sehr wertvolle Unterstützung.

Italien und das Mandat

Wie bereits gemeldet, beziehen sich die Verhandlungen, welche der italienische Außenminister Schanzer vor einigen Tagen in London mit dem britischen Kabinett begonnen hat, auf den ganzen Komplex der Orientfrage und umfassen neben dem türkischen Problem und der Tangerfrage die Forderungen Italiens auf Grenzberichtigungen an der Jubamündung im Somaliland sowie in Lybien und das Palästina-Mandat. Die Forderungen Italiens bezüglich Palästinas und Mesopotamiens, welche sich auf ökonomische Interessen und, was Palästina anlangt, auch auf die Verwaltung des Cönakels (Ort des letzten Abendmahles) erstrecken, enthalten eine Reihe von Schwierigkeiten. Die Forderung Italiens, daß in den Mandaten die volle Entwicklungsfreiheit für alle italienischen Wirtschaftsunternehmungen ausgesprochen werde, stößt auf ein juristisches Hindernis, insofern, als in dem Drei-Mächte-Abkommen von Sèvres bezüglich Anatoliens den drei Staaten England, Frankreich und Italien gesonderte Einflußzonen zugesprochen wurden, wobei jedem der drei Staaten untersagt wird, im Namen ihrer Staatsangehörigen Handels- oder Industriekonzessionen in den Gegenden anzusprechen, für welche spezielle Interessen der anderen Mächte anerkannt sind. Nunmehr bemüht sich Italien, zu erreichen, daß ihm trotz dieses Abkommens die Möglichkeit der ökonomischen Initiative in Palästina und Mesopotamien eröffnet werde, ohne daß dadurch das Drei-Mächte-Abkommen aufgehoben würde. Was die Frage des Cönakels von Jerusalem anlangt, in welcher sich, wie gemeldet, England auf muselmanische und jüdische Empfindlichkeiten beruft, so stützt sich der italienische Anspruch auf eine nicht zur Verwirklichung gelangte Zusage des türkischen Sultans. Im Jahre 1300 wurde das Cönakel vom Sultan an Robert von Anjou abgetreten, von welchem es an das Haus Savoyen überging, bis sich im Jahre 1500 die Türken in dessen Besitz setzen. Vor einigen Jahren versprach der Sultan, das Recht Italiens auf dessen Besitz neuerdings anzuerkennen, aber die betreffende Urkunde wurde nicht ausgefolgt. Die Erledigung der Frage ist für England auch darum schwierig, weil sie die Anerkennung eines Rechtes des Sultans, über die Güter des sogenannten Wakuf (mohammedanische Latifundien) zu verfügen, enthält, eine Frage, die für England als größte mohammedanische Macht von besonderer Bedeutung ist. Es ist daher wahrscheinlich, daß die Erledigung der Angelegenheit der Konsularkommission übertragen werden wird, deren Schaffung für die Behandlung der religiösen Probleme in Palästina beabsichtigt ist, aber auch hier ergeben sich gewisse Schwierigkeiten, da nach dem heutigen Stande die Konsuln der katholischen Länder in der Minderheit wären.

Der Völkerbund und die Mandate

Paris. (Tel.-Komp.) Dem „Journal de Debat" zufolge steht auf der am 1. August in Genf stattfindenden nächsten Sitzung des Völkerbundrates als wichtigster Punkt der Tagesordnung die Mandatsfrage. Diese Frage wurde bisher noch nicht

geregelt, da die Vereinigten Staaten es nicht zulassen wollten, daß über ihren Kopf hinweg über die Mandate verfügt werde. Inzwischen ist eine Verständigung zwischen Amerika und den verbündeten Staaten erfolgt. Insbesondere sollen die von England geführten Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben. Der amerikanische Senat hat die gegenüber Palästina geübte Politik gebilligt.

Lord Balfour wird beim Völkerbund die Prüfung der Klauseln, unter denen die Oberhoheit Palästinas ausgeübt werden sollte, beantragen. Das Blatt will weiter wissen, daß Verhandlungen der anderen Staaten mit Amerika ebenfalls so weit fortgeschritten, daß in kurzer Zeit eine bestimmte Entscheidung über die Mandate in Kleinasien und Mittelafrika erwartet werden kann.

Die Juden und der zionistische Erfolg

Die palästinensische Judenheit und das Mandat

Aus Jerusalem wird uns gemeldet: Alle jüdischen politischen und sozialen Institutionen in Palästina haben in den letzten Tagen Telegramme an Lloyd George und Churchill gerichtet, in welchen die britische Regierung aufgefordert wird, alle Kräfte für die Ratifizierung des Palästina-Mandats einzusetzen. Solche Depeschen sind vom Waad haleumi, der Misrachi, der Föderation der jüdischen Kolonien, dem Jerusalemer jüdischen Rat (Waad hair), dem Waad der Aschkenasim und dem der Sephardim, der Vertretung von Tel-Awiw und vielen anderen Seiten abgegangen. Das Telegramm des Waad haleumi (Jüdischer Nationalrat) lautet: Der Jüdische Nationalrat, welcher alle Schichten der jüdischen Bevölkerung Palästinas repräsentiert, fordert, daß alle Schritte unternommen werden, um die Ratifizierung des Mandats in der nächsten Session des Völkerbundes zu sichern und die jüdischen Hoffnungen und Erwartungen auf Fortsetzung der friedlichen Arbeit für den Aufbau des Landes endlich zu sanktionieren.

Der amerikanische Kongreß für die Mandatsratifizierung

Die zionistische Exekutive hat ein Telegramm von der Leitung des amerikanisch-jüdischen Kongresses erhalten, in welchem sie aufgefordert wird, der britischen Regierung zu melden, daß der amerikanisch-jüdische Kongreß, welcher das ganze organisierte Judentum der Vereinigten Staaten repräsentiert, die bestimmte Hoffnung hege, daß die britische Regierung alle Möglichkeiten ausnützen werde, um die Ratifizierung des Palästina-Mandats auf der nächsten Völkerbundssitzung durchzusetzen.

XVIII. Delegiertentag der Zionistischen Vereinigung für Deutchland

am 11., 12. und 13. September 1922
in Cassel, Stadthalle.

Mit Rücksicht auf die für den 22. August nach Wien einberufene Jahreskonferenz muß der Delegiertentag auf den oben genannten Termin verschoben werden.

Tagesordnung des Delegiertentages

Am Sonntag, den 10. September, werden Sonderberatungen über Gemeindearbeit, Jugendarbeit, Keren Hajessod-Arbeit und Kulturarbeit stattfinden. Die Referenten für die Sonderberatungen werden noch bekanntgegeben.

Montag, den 11. September 1922.
Vormittags-Sitzung 9.30 Uhr.

1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden über: „Die allgemeine Lage der zionistischen Gesamtbewegung sowie der zionistischen Arbeit in Deutschland“.
2. Wahl des Büros.
3. Diskussion.

Nachmittags-Sitzung 3.30 Uhr.

4. Referat: „Die allgemeine Lage in Palästina und die Palästina-Aufgaben des deutschen Zionismus“. — Referent wird noch bekanntgegeben.
5. Debatte über das Referat zu 4.

Dienstag, den 12. September 1922.
Vormittags-Sitzung 9.30 Uhr.

6. Fortsetzung der Debatte über das Referat zu 4.
7. „Inhalt und Möglichkeiten zionistischer Propaganda“. — Referent: Kurt Blumenfeld.

Nachmittags-Sitzung 3.30 Uhr.

8. Debatte über das Referat zu 7.

Mittwoch, den 13. September 1922.
Vormittags-Sitzung.

9. Fortsetzung der Debatte über das Referat zu 7.

Nachmittags-Sitzung 3.30 Uhr.

10. Decharge.
11. Wahlen.
    a) Landesvorstand.
    b) Zentralkomitee.
    c) Finanzausschuß.
    d) Revisionskommission.
    e) Ehrengericht.

Aus dem Frankfurter ostjüdischen Volksheim

Das vor einigen Jahren gegründete Frankfurter jüdische Volksheim hat in vorbildlicher Weise vielen Tausenden jüdischer Flüchtlinge und Durchwanderer Heim, Essen und geistige Anregung geboten. Eine der freiwilligen Helferinnen berichtet im nachfolgenden über Arbeit und Leben im jüdischen Volksheim.

Es sind meist junge Leute zwischen 18 und 25 Jahren, die im Verlaufe des Abends sich im Volksheim einfinden, mit jüdischer, lebhafter Gebärde sich begrüßen und sich gleich in eifrig diskutierende Gruppen sondern. Dem Berufe nach sind alle Arbeiter oder Handwerker, von den berüchtigten „Kaufleuten“ und Schnorrern ist kaum einer dabei. Ebenso sehr wie die warme Suppe, war es das Bedürfnis, sich auszusprechen und Rat zu holen, das die jungen Flüchtlinge ins Volksheim trieb, mancher kam hier besser zurecht als vor den Schranken der strengen Unterstützungskasse, die schon von vornherein einschüchternd wirkten und mißtrauisch machten. Nach Frankfurt gerade hat es viele deshalb gelockt, weil es die Stadt des „reichen Rothschild war“, von der die ostjüdische Phantasie die merkwürdigsten Bilder entworfen haben mußte. Es galt für manche als Paradies und sie wurden oft hart enttäuscht. Viele wollen weiter nach Amerika oder nach Palästina, und abends im Volksheim wird dann immer die vielsprachige Korrespondenz erledigt, englisch oder deutsch-jüdisch mit hebräischen Buchstaben.

Das Briefschreiben ist eine Hauptbeschäftigung, viele benützen die Gelegenheit, bei hellem Licht im warmen Zimmer zu lernen. Deutsch, Englisch, Stenographie: es ist erstaunlich, wie weit es

manche in kurzer Zeit bringen. Auch Kurse in diesen Fächern werden abgehalten. Oft wird gesungen, schöne und lustige Volkslieder, wißbegierige Blau-Weiße halten reiche Ernte in neuen Texten. Auch Schachspielen ist beliebt; dagegen wird nie Karten gespielt, es kannte kaum einer den unter Deutschen in dieser Lage „unvermeidlichen Skat“.

Für die Werbungsversuche der verschiedenen jüdischen Parteien hatten die Volksheimler im Anfang wenig Interesse. Es waren ja auch meist ganz junge Leute, die sich zu Hause kaum noch mit Politik beschäftigt haben. Zu Proletariern wurden die meisten erst nach ihrer Flucht aus Polen. Aber nach und nach wurden auch soziale Interessen rege.

Merkwürdig war das Mißtrauen vieler gegen die „Taitschen“, die Westjuden. Es war kein Haß und kein Neid; Geringschätzung eher, aber eine Kluft, die nur durch vollkommene Hingabe des einen zum Dienste um den anderen zu beseitigen war. Es mußte von beiden Seiten erst gelernt werden, das Helfen und Hilfe nehmen ganz selbstverständlich aufzufassen.

Einer der schönsten Züge bei allen diesen jungen Männern ist ihre ganz reine und unbefangene Einstellung Mädchen gegenüber. Es kamen doch manche aus dem tiefsen Elend, wo die häßlichsten Bilder ihnen entgegengetreten sein müssen. Ich habe immer bewundert, wie selbstverständlich diesen jungen Menschen der Ton vertrauter, aber immer achtungsvoller Kameradschaftlichkeit war, es kam in keinem Wort und keinem Blick Unehrerbietiges zum Ausdrucke.

Erfreulich war auch immer zu beobachten, wieviel Lebensmut und Lebensfreude allen zu eigen war. Erst wenn man sie zum Erzählen ihrer Flucht und ihrer Leiden brachte, war es den meisten bewußt, wie bedauernswert und wie „interessant“ sie sind. Viel später, oft nach langem vergeblichen Bemühen, sich Existenzen zu schaffen, kamen manche darauf, aus ihren traurigen Erlebnissen Kapital zu schlagen. Im Grunde sind es gerade und aufrechte Menschen: Hoffnungen des jüdischen Volkes.

Es waren oft stimmungsvolle Stunden im Volksheim, reich an Eindrücken, die viel zum Verständnis verwandter und doch so fremder Menschen beigetragen haben. Und wenn diese guten Eindrücke auf beiden Seiten zur Einigung beigetragen haben, hat das Volksheim außer dem charitativen auch einen wertvollen jüdischen Zweck erfüllt.

Judith Lypstadt.

Aus der jüdischen Welt

Deutschland

Noch einmal der „Fränkische Kurier“

Aus Kreisen der Nürnberger Gemeinde wird uns geschrieben:

„Die Beschwichtigungsräte sind wieder an der Arbeit. Der „Kurier“ habe doch alles zurückgenommen. Man solle abwarten, wie er sich weiter verhalten werde. —

Ich mache darauf aufmerksam, daß sich der Kurier in letzter Zeit mit Vorliebe deutschvölkische Mitarbeiter suchte. Nicht nur Herr Gorsleben lieh ihm seine Feder, sondern auch Frau Maria Gröner, die während der Landwirtschaftswoche „die germanischen Bauern“ begrüßte. Frau Gröner ist eine bekannte Antisemitin.“

Die Zuschrift hat Recht. Wir sollen uns nicht irre machen lassen. Wir warten, daß auch die „Offiziellen“ nicht wieder zurückweichen. — Fort mit dem Kurier!

Österreich

Vorbildliche Arbeit der Wiener Kultusgemeinde

Am 3. ds. fand im 20. Bezirk, Othmargasse 46, die Schlußprüfung der über Anregung des Herrn Oberrabbiners Dr. Chajes im Herbst v. Js. von der israelitischen Kultusgemeinde versuchsweise eröffneten hebräischen Sprachkurse für Kinder der ersten bis dritten Klasse der Volksschule unter zahlreicher Beteiligung der Eltern statt. Nach einer Unterrichtsdauer von nicht mehr als siebenundeinhalb Monaten waren die Kinder imstande, nicht nur die Erzählungen aus dem Lesebuch verständnisvoll zu lesen und wiederzugeben, sondern auch auf die an sie gestellten Fragen in hebräischer Sprache korrekte Antwort zu geben sowie kurze Sätze an die Tafel zu schreiben. Herr Inspektor Wiesner hatte für die Leistungen des Kursleiters Herrn Herzberg Worte der Anerkennung und hob hervor, daß die Kinder bei einem derartigen lebendigen Unterricht das Hebäische mit Lust und Liebe lernen. Auch Prof. Dr. Rosenfeld, der in Vertretung des am Erscheinen verhinderten Oberrabbiners der Prüfung beiwohnte, äußerte seine volle Befriedigung über den empfangenen Eindruck. Stolz auf die erhaltenen hebräischen Zeugnisse, verließen die Kinder nach dem Absingen einiger hebräischer Lieder die Schule.

Ungarn

Massenmörder Hejjas entlarvt

Jvan Hejjas ist der Führer der Erwachenden Ungarn, die etwa den deutschvölkischen Vereinen in Gesinnung und Betätigung entsprechen. Er hat zahlreiche Morde an Juden auf dem Gewissen. Dazu wird uns aus Budapest berichtet:

Im Laufe der vorgestrigen Verhandlung gegen die Orgovanyer Mörder erklärte der Verhandlungsleiter, Majorauditor Gr. Györffy, daß der Gerichtshof insgesamt 23 Zeugen vorgeladen habe, außerdem werden die schriftlichen Aussagen des Massenmörders Francia-Kis (der rechten Hand des Jvan Hejjas) und die des Jvan Hejjas verlesen werden. „Den lezteren“, sagte der Vorsitzende, „brauchen wir nicht weiter mit einer persönlichen Vorladung zu belästigen, da er genügende Aufklärungen in seinem schriftlichen Bericht erteilt hat.“ Trotzdem sich jeder Angeklagte auf die Mordbefehle des Jvan Hejjas berief, hielt es weder der Staatsanwalt noch der Vertreter der Familien der Ermordeten, Rechtsanwalt Dr. Dombovary, für notwendig, die persönliche Vorladung des Räuberhauptmannes zu beantragen. Es war nämlich schon zu Beginn der Verhandlung bekannt, daß die Angeklagten, das Gericht und Jvan Hejjas vereinbart haben, Jvan Hejjas habe die Verantwortung für die Morde als Befehlshaber auf sich zu nehmen, sodaß die Angeklagten von der Anklage des Mordes freigesprochen und nur wegen „Übertretung eines erhaltenen Befehls“ verurteilt werden können. Die persönliche Verantwortung des Jvan Hejjas bedeutet, daß die Massenmorde

von Jzsak und Orgovany nicht bestraft werden. Dieses Bewußtsein ist auch im Ton des Briefes des Hejjas unverkennbar, der seine Befehle zu entschuldigen überhaupt nicht für nötig hält. Dieses merkwürdige Schriftstück, ein geschichtliches Dokument des neuesten Ungarns, lautet wörtlich folgendermaßen:

„Es dünkt mir, daß ich einmal von Zbona eine Meldung rhalten habe, derzufolge die Juden mit den Rumänen verhandelt haben. Mein patriotisches Gefühl entrüstete sich dagegen. Ich befahl also Zbona und Danics, die Juden zu verhaften und hinzurichten. Zum Raub habe ich keinen Befehl erteilt, im Gegenteil, meine Offiziere können es bezeugen, daß ich immer dagegen war, ungeschützten Bürgern ihr Vermögen gewaltsam wegzunehmen. Von rechtswidrigen Handlungen weiß ich gar nichts, von Einlieferung gewisser Corpora delicti auch nichts. Jvan Hejjas."

Der letzte Satz des Berichtes widerspricht zwar den Aussagen der Angeklagten, trotzdem haben sie bei der Verlesung des Hejjas-Briefes keine Bemerkung, kein Wort fallen lassen, denn der Brief wirkte für sie als die Erlösung vom Todesurteil. Die Komödie der dreitägigen Verhandlung ist damit im wesentlichen beendigt. Das Urteil kann lauten, wie der Gerichtshof es zu verfassen wünscht, den Mördern wird kein Haar gekrümmt werden. Dafür sorgt Hejjas, der die Verantwortung stolz auf sich nimmt, und wenn Hejjas dafür sorgt, wird auch sein Freund Horthy entsprechend handeln.

Sturm im ungarischen Parlament

Der Brief des Oberleutnants Hejjas hat bei der Opposition ungeheure Entrüstung hervorgerufen. — Die Regierung hat strenges Eingreifen versprochen und der Staatsanwaltschaft befohlen, gegen Hejjas vorzugehen. —

Wers glaubt....

Litauen

Die jüdische Autonomie anscheinend gesichert

(J.P.Z.) Der Kownoer B.-Korrespondent der J.P.Z. berichtet: Am 13. Juni fand beim Staatspräsidenten eine gemeinsame Beratung des jüdischen Sejm-Delegierten mit den Vorstehern fast aller Sejmgruppen und in Anwesenheit des Premierministers Galvanovski statt. In zweistündiger Beratung wurde die Frage des jüdischen Ministeriums behandelt. Der Premierminister sprach sich ausdrücklich für die Notwendigkeit des jüdischen Ministeriums aus. Er stellte den konkreten Antrag, daß das jüdische Ministerium durch ein Gesetz gesichert werde. Die jüdischen Vertreter akzeptierten den Vorschlag mit der Bedingung, daß dieses Gesetz noch vor der dritten Lesung der Konstitution erlassen werden soll. Wie der B.-Korrespondent der J.P.Z. aus sicherer Quelle erfährt, wird ein solches Gesetz bereits vorbereitet.

Ein Gerichtsurteil

(J.C.B.) Im Staochen Lasdei fand vor kurzem eine interessante Gerichtsverhandlung statt. Ein von den Kownoer Behörden nach Lasdei entsendeter Funktionär zur Durchführung einer Desinfektion quartierte sich dort bei einem jüdischen Schneider ein. Eines Tages stürmte dieser Funktionär auf die Straße hinaus und schrie, daß die Juden ihn ermorden wollten, um sein Blut für rituelle Zwecke zu verwenden. Die jüdische Gemeinde brachte hierauf gegen ihn die Klage bei Gericht ein, über die die Verhandlung vor einigen Tagen zu Ende geführt wurde. Der Angeklagte wurde vom Gericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Polen

Die neue Pogromwelle
Ritualmordmärchen im Posener Gebiet

Danzig. (J.C.B.) Die polnische „Liga zur Verteidigung von Vaterland und Religion" übt einen ständigen Terror gegen die im Posener Gebiet ansässigen Juden aus, um sie zu zwingen, für Deutschland zu optieren und Polen zu verlassen. Fast die gesamte Posener Presse schlägt über das angebliche Ritualverbrechen des 70jährigen Juden Engel Alarm und fordert die polnische Bevölkerung auf, an den Juden Rache zu nehmen. Engel wird weiter in Haft behalten, obwohl außer der verworrenen Aussage des angeblichen Opfers, der 20-jährigen schwachsinnigen Magd Katharina Metzel nichts Gravierendes gegen ihn vorliegt. Die schwer terrorisierten Juden befürchten, daß die Katharina Metzel plötzlich verschwinden könnte, wodurch die Angelegenheit kompliziert werden würde. In Wengrowicz, wo der „Ritualmord" passiert sein soll, wohnen jetzt nur noch 40 Juden. Vor kurzer Zeit lebten dort 700 Juden.

Warschau. (J.C.B.) Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat die Staatsanwaltschaft in Posen im Zusammenhang mit dem Ritualmordmärchen in Wengrowicz eine Erklärung veröffentlicht, daß der rituelle Charakter dieses Mordes ausgeschlossen sei. Die Erklärung wurde von der jüdischen Öffentlichkeit mit großer Befriedigung aufgenommen.

Überfälle in Warschau

Warschau. (J.C.B.) In den letzten Tagen machten es sich polnische Studenten zur Gewohnheit, Überfälle auf die jüdischen Spaziergänger im Warschauer Lazienki-Park zu veranstalten. Sie treiben die jüdischen Parkbesucher von den Bänken fort und schlagen auf sie mit Knüppeln ein, wobei sie weder Frauen noch Kinder verschonen. Die Überfallenen finden bei den Parkwächtern und Polizisten keinen Schutz; die Wächter selbst beteiligen sich oft an den Überfällen.

Überfälle in Lodz

Lodz. (J.C.B.) Nach dem Warschauer Beispiel veranstalteten in der letzten Zeit auch die Rozwoj-Banden in Lodz planmäßig organisierte Überfälle

auf jüdische Spaziergänger. Zu sehr schweren Exzessen kam es am vergangenen Samstag im Sienkiewiczpark, wo eine Schar polnischer Studenten eine regelrechte Hetze auf die dort weilenden Juden veranstaltete. Die bedrohten jüdischen Spaziergänger stürzten aus dem Parkausgang, allein dort wartete ihrer eine zweite aus Schülern und gewöhnlichen Huligans bestehende, mit Stökken und Nakaikas bewaffnete Bande, welche über die Flüchtenden herfiel und sie schwer mißhandelte. Einige der Flüchtenden eilten auf das Polizeikommissariat, um Hilfe herbeizurufen, dort aber gab man ihnen die Antwort, daß man nicht über genügend Polizisten verfüge. Inzwischen setzten die Huligans unter den Rufen: „Es lebe die Polizei" und „Nieder mit den Juden" die Mißhandlungen der Spaziergänger fort und verschonten auch Frauen und Kinder nicht. Die Huligans begnügten sich nicht mit Mißhandlungen allein, sondern raubten ihren Opfern Hüte und andere Gegenstände. Man bemerkte einige elegant gekleidete polnische Frauen, die die Huligans zu ihren Taten ermunterten und den Überfallenen drohten, daß dies nur ein Anfang sei. Sie setzten ihre Verfolgungen in den Park und benachbarten Gassen fort. In der Perokowergasse stellte sich ihr eine Gruppe jüdischer junger Leute entgegen, worauf sie sich zurückzogen. Zu der gleichen Zeit geschahen Überfälle auf jüdische Spaziergänger auch in anderen Teilen der Stadt, wobei mehrere Juden verletzt wurden.

Ausschreitungen in Oberschlesien

Warschau. (J.C.B.) Der jüdische Sejmdeputierte Max Weinzieher intervenierte beim Minister des Innern wegen der noch immer vorkommenden antijüdischen Ausschreitungen in Oberschlesien, die durch antisemitische Hetzartikel in der Kattowitzer Presse nicht zum Stillstande kommen wollen. Der Minister des Innern erteilte hierauf Order an die polnische Polizei in Oberschlesien, etwa vorkommende Ausschreitungen und Unruhen im Keime zu ersticken.

Feuilleton

Sinnfein und Zionismus

Von S. Landman (politischer Sekretär der zionistischen Exekutive in London.)

Der nachfolgende Aufsatz ist bereits vor einiger Zeit geschrieben worden. Er ist aber jetzt gerade besonders interessant, da die Niederlage De Valeras eine Stabilisierung der rechtmäßigen irischen Regierung und die Abstimmung im Unterhaus eine Sicherung der jüdischen Palästinaarbeit gebracht hat. —

Die eigenartigen politischen Entwicklungen in Irland haben die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gelenkt. Auch für uns Juden enthalten diese Ereignisse wichtige Lehren, und es verlohnt sich, sie auf ihre wahre Bedeutung hin zu untersuchen.

Die irische irredentistische Bewegung bedeutete vor dem Kriege wohl nichts weiter, als eines der wichtigsten innerpolitischen Probleme Englands. Der Krieg, der so viele nationale Fragen in Weltfragen verwandelte, hat dies auch mit Irland getan. Einerseits wurde die Situation in Irland angesichts der Stellungnahme der britischen Politik inbezug auf die unterdrückten Nationalitäten Europas und des nahen Ostens naturwidriger und schwerer verständlich, andererseits bedienten sich die Freunde Irlands, insbesondere die starke irisch-amerikanische Partei, der neuen Situation, um einen großen Druck auf Großbritannien auszuüben. Da nun die Vereinigten Staaten immer mehr und mehr der entscheidende Faktor für den Sieg der Alliierten wurden, so wurde England durch den Einfluß der proirischen Partei in Amerika gezwungen, seine irische Politik zu revidieren. Auf diese Weise gestaltete sich die innerpolitische irische Selbstverwaltungsfrage schrittweise zu einem Weltproblem.

Der wichtigste politische Faktor für die Umwandlung der englischen Stellungnahme war, wie allgemein zugegeben wird, der Druck der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und in den englischen Kolonien, die unter dem Einfluß der in diesen Ländern ansässigen Iren standen. Die Iren erlangten ihre Freiheit nicht nur in Irland, sondern in Washington, Kapstadt und Melbourne. Die Premierminister der selbständigen englischen Kolonien, insbesondere General Smuts, forderten wiederholt von der Reichsregierung eine befriedigende Lösung des irischen Problems und General Smuts begab sich nach Irland, um persönlich mit den Sinnfein-Führern diese Frage zu diskutieren. Man kann daher wohl mit Sicherheit sagen, daß die Majorität der Iren, die (was vielleicht nicht genügend bekannt ist) außerhalb Irlands wohnt, zum großen Teil zu dem Erfolg ihrer Brüder, der in Irland ansässigen Minorität, beigetragen hat.

Wir Juden repräsentieren nur einen Teil der Bevölkerung in Palästina; das Interesse aber, welches die überwiegende Mehrheit des Judentums an Palästina nimmt und die Anhänglichkeit, die es mit dem Lande verbindet, sind wahrscheinlich größer und sicherlich älteren Ursprungs als das Interesse und die Anhänglichkeit der Iren an Irland. Die erste Lehre, die wir Juden der Diaspora daher aus der Geschichte Irlands ziehen müssen, ist die, daß wir nicht, wie manchmal vorgeschlagen wird, beiseite stehen und dem kleinen Jischub die ganze Last des Kampfes aufbürden dürfen. Pflicht eines jeden Juden ist es, sich für Zion einzusetzen, mag er auch nicht die Absicht haben, sich selbst dort niederzulassen. Das nationale Heim der Balfour-Deklaration ist für das jüdische Volk bestimmt, genau in dem Sinne, wie Irland als nationales Heim des irischen Volkes gilt, wo immer es sich auch zufällig niedergelassen hat, und welche Staatsbürgerschaft die Iren auch für sich beanspruchen mögen. Kein Jude darf jetzt abseits stehen. Genau so, wie Millionen Dollar von Irländern in Amerika zur Unterstützung der Bewegung in Irland aufgebracht worden sind, genau so müssen Millionen von Dollar zur Unterstützung der Pioniere der jüdischen nationalen Freiheit in Palästina herbeigeschafft werden. Niemand hat das Recht der irischen Amerikaner bezweifelt, ihren Brüdern in Irland zu Hilfe zu kommen. Sie ließen sich nicht von der Furcht zurückhalten, des Mangels an Patriotismus beschuldigt zu werden; auch wir sollten uns nicht von solchen Besorgnissen abschrecken lassen.

Die britische Regierung ist der Schwäche beschuldigt worden, weil sie sich der radikalen Taktik Sinnfeins gefügt hat, und es fehlte nicht an Unglückspropheten, die schreckliche Konsequenzen für England voraussagten, wenn ähnliche verwegene Methoden in Ägypten, Indien und anderen Ländern in Anwendung kämen. Diese Argumente entsprechen aber nicht den Tatsachen. Erst jetzt wird es bekannt, eine wie große Rolle bei den Ausgleichsverhandlungen die starke Position der britischen Streitkräfte in Irland spielte. Wäre ihr Vertrag nicht akzeptiert worden, so wäre die irisch-republikanische Armee der Gefahr der Einschließung ausgesetzt gewesen.

Unzweifelhaft hat die außerordentliche Kraftentfaltung der Iren viel dazu beigetragen, England zu dem Ausgleichsantrag zu bewegen. Aber darin lag nicht die Entscheidung. Die enormen Machtmittel des britischen Reiches sind im Verlauf des Krieges zur Genüge sichtbar geworden und man darf wohl sagen, daß physische Gewalt allein keinen Sieg über England gewinnen kann. Irland hat wiederum bewiesen, daß die Feder mächtiger als das Schwert ist, und die öffentliche Meinung hat viel mehr zur Erlangung der irischen Freiheit beigetragen als die irisch-republikanische Armee.

Hieraus können die wütenden antizionistischen und antibritischen Agitatoren eine Moral ziehen. Die Anwendung von Gewalt ist keineswegs geeignet, die Ungerechtigkeit irgend einer Forderung zu sanktionieren. England hat sich dafür verbürgt, daß den gegenwärtigen Bewohnern Palästinas bei der Durchführung der Balfour-Deklaration keine Ungerechtigkeit widerfahre, und die Antizionisten täten gut daran, wenn sie ihre Forderungen auf die Einhaltung dieser Sicherung beschränkten. Unter solchen Voraussetzungen kann ein friedliches Zusammenarbeiten zwischen ihnen und den Juden gemäß der feierlichen Erklärung des Karlsbader Kongresses leicht erzielt werden.

Die Verhandlungen im irischen Landtag, die mit dem dramatischen Exodus de Valeras und seiner 50 Anhänger endeten, ergeben eine weitere nützliche Lehre. Viele Irland-Freunde empfinden es als eine arge Enttäuschung, daß es in diesem historischen Moment keine einheitliche Front zeigte. Eine Erklärung ergibt sich aber aus einem Vergleich des Sturzes de Valeras mit dem noch dramatischeren Zusammenbruch des Präsidenten Wilson. In beiden Fällen waren die vertretenen Prinzipien und Lehren höchst vortrefflich und unantastbar, aber nicht praktisch durchführbar. Beide Männer vertraten Ideen, die sich erst im Laufe der Zeit verwirklichen können. Später einmal werden die Historiker Wilsons ungeheure Bedeutung dafür, daß die Welt für den Friedensgedanken überhaupt empfänglich wurde, ins rechte Licht rücken. Ohne dieses Zwischenstadium würde der Krieg vielleicht noch heute wüten und die Menschheit nach Atem ringen. Die Anwendung seiner Prinzipien aber auf die komplizierten Probleme Europas und Asiens bedurfte einer Kraft, die weniger extrem, weniger doktrinär — weniger prophetisch, dürfte man wohl sagen — war als Präsident Wilson. In Irland erwies sich in dem Augenblick der praktischen Notwendigkeit die olympische Abgeschlossenheit de Valeras als ein Hindernis, und es gereicht dem gesunden Verstande des irischen Volkes zur Ehre, daß es — wenn auch mit einer sehr geringen Majorität — Führer erwählt hat, die sich für die bevorstehende Arbeit besser eignen.

Die Anwendung dieses Beispiels auf die zionistische Bewegung ist ziemlich naheliegend. Es hat Leute gegeben, die die Erziehung des jüdischen Volkes zum nationalen Bewußtsein für überflüssig, ja sogar für schädlich hielten. Sie verwarfen die erzieherische Arbeit, die sie als Golus-Nationalismus bezeichneten, als ob die geistige Knechtschaft, der die Juden im Verlauf von zwanzig Jahrhunderten verfallen waren, durch die Balfour-Deklaration in einem einzigen Tage abgeschüttelt werden könne. Diesen Zustand haben wir aber leider noch nicht erreicht. Es ist der Enthusiasmus der Juden für Palästina-Probleme und Palästinas Bedeutung für die Zukunft des jüdischen Volkes nicht so tief, wie er sein sollte. Es steht uns eine lange Zeit der nationalpolitischen Erziehung und des Kampfes bevor, ehe der nötige Grad des Verständnisses erreicht sein wird. In dem Maße nun, als die britische Verwaltung in Palästina, die mit der Durchführung des Mandats betraut worden ist, den Zionismus aus dem Stadium der Forderung in die Wirklichkeit verwandelt hat, ist auch das Bedürfnis nach tatkräftigen des praktischen Wirtschaftslebens fühlbarer geworden. Dieses Bedürfnis wird allgemein empfunden, und langsam aber sicher wird man auch den richtigen Mann finden. Wie in allen Dingen, so ist auch hier der goldene Mittelweg der richtige. Es muß eine Synthese geschaffen werden, um die äußerst schwierige Doppelaufgabe, der Vorbereitung des jüdischen Volkes für Palästina, und Palästinas für das jüdische Volk, durchzuführen.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Gesamtausschuß der Ostjuden. Spenden und Gratulationen mögen wöchentlich bis spätestens Dienstag nachmittags schriftlich, Reichenbachstr. 27, oder telephonisch, Nr. 28080, aufgegeben werden, damit diese noch zum Ausweise kommen können.

Spendenausweis

Münchner Spendenausweis

Nationalfonds: Gustel Feuchtwanger grat. Anny Kober nachträglich zur Vermählung 10.—, Jakob Blum desgl. 10.—.

Gold. Buch Frau Ester Rieser: Kurt Bensinger grat. Dr. Gutmann zur Verlobung 10.—.

Blau-Weiß München: Justin und Kläre Lichtenauer grat. zur Verlobung Friedel Krell 20.—, Kathrin Rieser grat. Dora Fraenkel z. best. Examen 10.—, Anny Blum desgl. 10.—, K. R. dankt Familie Ullmann-Nürnberg 250.—.

Münchner Ölbaum-Hain: Geschwister Gellermann anl. der Silberhochzeit ihrer Eltern und Barmizwah ihres Bruders Josef 2 B. 100.—.

Aus dem Münchner Spendenbuch

Gold. Buch Frau Ester Rieser: Sidney Rieser anl. der Verlob. seiner Schwester Kathrin mit seinem lieben Freund Dr. M. J. Gutmann 100.—.

Jüd. Arbeitsgemeinschaft. Nächster Abend Sonntag, 16. Juli, präzis 8 Uhr Peterhof, Marienplatz.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Bei der Hochzeit Myschliborsky-Lindheimer gesammelt 1500.—.

Bei Verlob. Notowicz-Zoller wurden gesammelt durch J. Rosner 500.—, bei Vermähl. Koch-Békés für versteigertes Benschen 600.—, Familie Koronczyk grat. zur Vermählung Myschliborsky-Lindheimer und Koch-Békés 20.—, Familie Hojda grat. zur Vermählung Békés-Koch 10.—, bei Vermählg. Koch-Békés versteigertes Benschen für Talmud Thora 400.—, für Bikur Cholim 300.—, für Frauenverein 300.—.

FRIEDL KRELL
Dr. med. FRITZ HAPP
Verlobte
MÜNCHEN FREIENWALDE a. d. Oder
Juli 1922



Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.